

Gewaltfreie Schule

Antrag der Regierung vom 10. August 2010

Ablehnung des Auftrags.

Begründung:

Die Regierung hat in ihrem Bericht «Gewaltfreie Schule» eine breite Auslegeordnung gemacht, wie die Schulen einen Beitrag zur Gewaltprävention leisten können, was heute bereits gemacht wird, was geplant ist und wie die Schulen in einem Netz eingebettet sind. Es geht in naher Zukunft darum, die Wirksamkeit von Gewaltprävention in Schulen zu erhöhen – so weit wie möglich im Rahmen bestehender Strukturen und Ressourcen. Dazu erarbeitet das Bildungsdepartement zurzeit ein Gewaltpräventionskonzept, welches der Erziehungsrat im Verlauf des laufenden Schuljahres verabschieden wird. Darin enthalten sind eine Strategiebeschreibung und ein Massnahmenkatalog in Form von Empfehlungen an die Schulen, schulnahe Stellen und Behörden.

Aus Sicht der Regierung braucht es für die Schulen keinen weiteren Gewaltpräventionsauftrag, sondern Instrumente und Unterstützung um den bestehenden Auftrag nachhaltig umzusetzen. Bei den Programmen kann auf den im Präventionsmarkt bewährten Angeboten aufgebaut werden. Zudem ist zu berücksichtigen, dass Schulen traditionellerweise eine relativ hohe Autonomie geniessen, wenn es um inhaltliche Schwerpunkte im Unterricht und in der Schulentwicklung geht. In der Folge des Gewaltpräventionskonzeptes wird das Bildungsdepartement den Schulen wirksame Präventionsprogramme inkl. Richtlinien und Anleitungen zur Auswahl stellen und die Schulen in der Wahl und Umsetzung unterstützen.